

Redaktion und Verlag:
Berlin SW 68, Linbenstr. 3
Telefon: 27 Amt Dönhoff 262 bis 297
Telegrammbrief: Sozialdemokrat Berlin

BERLINER VOLKSBLATT



**WERBE-
NUMMER**

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Zuchthaus für Steinwürfe!

Fort mit den Sondergerichten!

9. November!

Paul Löbes Rundfunkrede

Das Sondergericht hat am Mittwoch gegen vier Personen, die anlässlich des Verkehrsstreiks Steine gegen Straßenbahnwagen geworfen haben, insgesamt 9 1/2 Jahre Zuchthaus verhängt. Ein Dutzend solcher Prozesse steht noch bevor, man kann also mit weiteren endlosen Zuchthausstrafen rechnen. So wirkt sich heute die Zuchthaus- und Sondergerichtsverordnung der Baronsregierung gegen Streikende aus!

Der Staatsanwalt Dr. Wagner hat geglaubt, in seinem Plädoyer diese Notverordnung verteidigen zu müssen. Er rühmte ihre abschreckende Wirkung, behauptete, daß durch sie die Terrorwelle abgeebbt sei. Damit hat der Staatsanwalt die Sache auf ein völlig falsches Gleis geschoben. Die Terrorfälle, unter deren Eindruck die Notverordnung verhängt worden war, hatten weder innerlich noch äußerlich etwas mit den Vorkommnissen beim Verkehrsstreik zu tun.

Die Notverordnung wurde erlassen, nachdem in Ostpreußen, Holstein, Schlesien — wie jetzt erwiesen ist, auf Anweisung der leitenden nationalsozialistischen Instanzen — ganze Serien von Mord-überfällen, Attentaten und Bombenanschlägen auf politische Gegner verübt worden waren.

Der jetzt von den Tätern zugegebene Zweck dieser

Attentate sollte sein, die politischen Gegner des Nationalsozialismus durch barbarische Gewalt und Grausamkeit einzuschüchtern.

Mit diesen Dingen hat der Verkehrsstreik nichts zu tun. In weit höherem Grade erinnert er an jene Vorfälle in Ostpreußen, Halbesleben und anderswo, wo sich unter der „Schwarzen Fahne“ Landbevölkerung zusammenrottete und mit Steinwürfen und Dreschflegeln Gerichtspersonen und die zu ihrem Schutze bestellten Gendarmen vertrieb, sobald eine Zwangsversteigerung vorgenommen werden sollte. Für diese Akte hat gerade die der Regierung Papen nahe- stehende Presse stets eine sehr starke Sympathie geäußert, und der Vierte Senat des Reichsgerichts hat diese Sympathie in juristische Doktrin umgewandelt, indem er die wegen Aufruhrs und Widerstands gegen die Staatsgewalt angeklagten ostpreussischen Bauern freisprach. Begründung: die Bauern hätten um die Grundlage ihrer Existenz, um Hof und Herd gekämpft, es sei ihnen deshalb Notstand als Strafausschließungsgrund zuzubilligen.

Nun wohl: kämpft der Arbeiter, der sein Lohnniveau in der Krisenzeit verteidigt, nicht um die Grundlage seiner Existenz? Ist die Kuh des Bauern heiliger als der Lohn des

Arbeiters? — „Lohn (Leute) schreit gen Himmel“, so sagt ein altdeutscher Rechtspruch. Mögen die Mittel verkehrt, mag der Streik faktisch unklug gewesen sein, — darauf kommt es hier nicht an. Die ostpreussischen Bauern waren auch nicht zimperlich in der Wahl ihrer Mittel, sie haben mit Steinen — zwar nicht nach Wagen, aber nach lebendigen Menschen, sogar nach Amtspersonen geworfen. Troh dem Freispruch!

Wovor wir gewarnt haben, das ist nun eingetreten: zweierlei Recht! Selten hat der unbemerkte Klassencharakter der Rechtspflege so klar zutage gelegen: für den Existenzkampf des bürgerlich orientierten Landvolks volles Verständnis, für grobe Exzesse der Agrarier freisprechende Entschuldigung. Für die Exzesse im Existenzkampf der Arbeiter aber mehrjährige Zuchthausstrafen. Es liegt hier nicht einmal am harten Gegenlag, denn das Sondergericht ist freiwillig um das Zweieinhalbfache über die Mindeststrafe hinausgegangen. Es hat die streikenden Arbeiter nicht nur mit den nationalsozialistischen Terroristen in einen Topf geworfen, es hat sie sogar weit härter als diese bestraft. Angesichts dieser Schreckensurteile kann man nur rufen: Fort mit dieser Sondergerichtsjustiz, fort mit den Sondergerichten!

Unser Redaktionsmitglied Genosse Paul Löbe hat gestern abend in Hilsersum in der Feierstunde des holländischen Arbeiter-Radio-Bundes über die Bedeutung des 9. November für die Arbeiterklasse gesprochen. Die Reaktion hat nicht verhindern können, daß seine Stimme auch zu den deutschen Arbeitern gedrungen ist! Sie haben die Stimme von Paul Löbe gehört, sie haben vernommen, was er sprach, und sie wissen nun, was die Barone in Deutschland unterdrücken wollten!

Paul Löbe führte u. a. aus:

Die deutschen Sendeleitungen und ihre Kommissare tragen keine Bedenken, deutsch-nationale und nationalsozialistische Redner im Rundfunk sprechen zu lassen, deren Vorträge die Empörung weitester Hörerkreise wecken, sie tragen keine Bedenken,

offenkundige Rechtsputschisten

in provokatorischer Weise die Republik und die republikanischen Parteien schmähen zu lassen. Ein Vortrag jedoch, der der gesamten deutschen Arbeiterklasse am Herzen liegt, und der das ausdrücken soll, was viele Millionen Werktätiger am heutigen Gedenktag der November-Umwälzung von 1918 tief innerlich bewegt, darf nicht gehalten werden weil die heutigen Herren des Rundfunks davon eine Verhärtung der innerpolitischen „Gegenfühle“ befürchten.

Nun, der Keiser ist tot, und ich benutze deshalb freudig die Gelegenheit, in Ihrem Sender das auszusprechen, was mir zu sagen in den deutschen Sendern verweigert worden ist. Ich hoffe, daß diese Ansprache die Bande brüderlicher Solidarität, die uns an das Proletariat der anderen Länder knüpfen, verstärken und dazu beitragen wird, die geistige Isolierung zu durchbrechen, die die Rundfunkreaktion für Deutschland heraufbeschworen hat.

Und nun zu dem Thema des heutigen Abends: Was ist uns der 9. November, wie steht die deutsche Arbeiterklasse zum Gedenktag der Umwälzung von 1918? Für uns deutsche Arbeiter und Sozialisten bedeutet dieser Tag die Grenzlinie zwischen zwei Geschichtsperioden, er bedeutet die Liquidation des alten kaiserlichen Deutschlands und den Durchbruch zur demokratischen Freiheit und zum Sozialismus. Alles, was morsch war im Barockdeutschland mit seiner Unfreiheit, seinen kaiserlichen Privilegien, seiner unverhüllten Klassenherrschaft der Besitzenden, wurde vom Novembersturm 1918 fortgesetzt. Ein System brach zusammen, dessen innere Morschheit sich namentlich im Kriege mit aller Deutlichkeit gezeigt hatte und dessen Unvermeidbarkeit mit den Interessen des Volkes und des Staates sich schon dadurch offenbarte, daß keine der Stützen des alten Systems es wagte, sich schützend vor das kaiserliche Deutschland zu stellen.

Was taten wir deutschen Arbeiter und Sozialisten in den Tagen des November? Wir mußten den Trümmerhaufen übernehmen, den uns das alte System hinterlassen hatte. Wir mußten die Reichseinheit schützen, den Krieg liquidieren, die Demobilisierung durchführen, das hungernde Volk mit Lebensmitteln versorgen, bei fortdauernder Blockade und beginnender Inflation die Kriegswirtschaft in Friedenswirtschaft überführen, und bei alledem dafür Sorge tragen, daß der alte Obrigkeitsstaat durch einen freien demokratischen Volksstaat abgelöst wurde. Unermenschliche Aufgaben türmten sich vor uns auf, Aufgaben, vor denen die Vertreter des alten Systems geflüchtet waren, und die von uns nur deshalb bewältigt werden konnten,

weil aus der Millionenmasse der klassenbewußten Arbeiterschaft neue schöpferische Kräfte emporstiegen, die Volk und Staat vor dem Untergang retteten und die Fundamente für die demokratische deutsche Republik schufen.

Hinterher sind freilich die Anhänger des alten Regimes, nachdem sie sich von ihrem ersten Schreck erholten, aus ihren Schlupfwinkeln hervorgekrochen, um Schmähungen und Verleumdungen, Dolchstoßlügen und Verratsanklagen gegen die Schöpfer der jungen deut-

Abschiedsbefuche

Herr von Papen reist in Reichsreform

Der Chef des Kabinetts der Barone hat die Absicht, in der nächsten Woche auf Reisen zu gehen. Er läßt sich durch das Wahlergebnis nicht stören, er will nach Sachsen, nach Bayern und noch weiter reisen, um dort ganz offiziell über die reaktionären Verfassungspläne zu verhandeln, die bei solcher Gelegenheit unter der Firma Reichsreform gehen.

Herr v. Papen wünscht bei dieser Gelegenheit mit der ganzen Autorität des Reichskanzlers einer autoritären Regierung aufzutreten. Seine Freunde sagen: mit dem Reichstag ist leicht fertig zu werden. Aber die Geste der Nichtachtung gegenüber dem Wahlergebnis, die in dieser Reise liegt, kann das Urteil des Volkes nicht aus der Welt schaffen, und wenn die Ministerpräsidenten der Länder Aufrichtigkeit über Höflichkeit stellen, so müssen sie Herrn v. Papen beglücken mit den Worten: „Herr Reichskanzler, wo ist ihr Mandat?“

Das Kabinett der Barone hat zunächst Herrn v. Persner auf Geschäftsreisen mit neuen Verfassungsplänen nach Süddeutschland geschickt, aber die Hoffnungen der Auftraggeber sind nicht in Erfüllung gegangen. Nun reist der Chef selber. Die süddeutschen Länder aber stehen den Berliner Projekten mit Reserve und Mißtrauen gegenüber. Sie haben den Verdacht, daß der Schatten einer Pöbelhaube über die süddeutsche Demokratie fallen soll, und sind daher bestrebt, sich untereinander zu verständigen. Am Mittwoch sind die Ministerpräsidenten von Bayern, Baden, Württemberg, Sachsen und Hessen in Würzburg zu gemeinsamen Besprechungen über die Frage der Reichsreform zusammengetreten. Die „Reichsreform“ beginnt also damit, daß sich ein süddeutscher Block herausbildet, daß ein Dua-

lismus zwischen Süddeutschland und dem vom Kabinett der Barone beherrschten Norddeutschland öffentlich sichtbar wird!

Herr v. Papen kann diesen Dualismus auf die Leporelloliste seiner glänzenden politischen Erfolge schreiben! Sie wünschen dringend, daß diese Liste damit abgeschlossen ist! Herr v. Papen scheint allerdings in der guten Hoffnung zu leben, daß er noch lange und eifrig an ihrer Verlängerung arbeiten könne! Sein Kabinett aber ist innerlich

morsch. Es kracht in allen Fugen, Schlotbarone und Krautjunger berennen es von beiden Seiten her mit dem Schlächtruf: hie Kontingentierung, hie Export. Der Ansturm aller großen Parteien gegen den Kanzler, der sich an seinem Sessel festklammert, wächst von Tag zu Tag.

Aber der Chef des Kabinetts der Barone reißt! Gut! Dann kann er bei dieser Gelegenheit gleich seine Abschiedsbefuche abstellen!

Rundfunk und Preußenkabinett

Eingreifen der rechtmäßigen Regierung

Die Vertretung der preussischen Staatsregierung bei der Beratung der Rundfunkrichtlinien im Reichsrat liegt nunmehr bei dem Vertreter der preussischen Staatsregierung, Ministerialdirektor Dr. Brecht. Das preussische Kabinett hat unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Braun einen Vortrags des Sachbearbeiters, des preussischen Staatskommissars für den Rundfunk, Ministerialrat Dr. Strunden, entgegengenommen und danach Beschlüsse für die weitere Behandlung der Frage im Reichsrat gefaßt. Die preussische Staatsregierung ist im besonderen bestrebt, eine enge Verbindung mit den übrigen Ländern aufrechtzuerhalten.

Es ist anzunehmen, daß vor der Vollziehung des Reichsrats am Donnerstag für die preussische Staatsregierung eine Erklärung abgegeben wird.

Schacht hofft

Er läßt Luther angreifen

Während das Kabinett der Barone von außen heftig bestürmt wird, kracht es im innern. Die Gegensätze in der Frage der Kontin-

gentierung sind unveröhnlich, der Widerstand den Neurath, Bornbold, Luther, Popitz den agrarischen Forderungen entgegenzusetzen, ist nicht zu besiegen. Die Herren von Schlot und Halm befehlen einander auf das heftigste, und das Kabinett ist innerlich zerrissen.

Die „Tägliche Rundschau“ ergreift in dieser Situation Partei gegen Luther. Sie hält dem Reichsbankpräsidenten vor, daß er im März anders über die Kontingentierung geredet habe als im Oktober, und sie schließt ihren Angriff mit den Worten:

„Mit der Umbildung des Kabinetts wird nunmehr auch die Frage der Befehung des Postens des Reichsbankpräsidenten aktuell.“

Seit einiger Zeit sind Gerüchte im Umlauf, daß hinter der „Täglichen Rundschau“ als Ökonom und politischer Inspirator Herr Schacht stehe. Stimmt dies, so kann man schließen, daß Herr Schacht darauf spekuliert, bei der bevorstehenden „Umbildung des Kabinetts“ Reichsbankpräsident zu werden.

Ein Schrei aus tiefster Not

Entsetzliches Elend einer Industriegemeinde

Aus der Gemeinde Stockheim in Oberfranken erhalten wir eine erschütternde Zuschrift, die die Not der kleinen Industriegemeinde schildert. Diese Zuschrift lautet:

„Die Gemeinde Stockheim hat über ein Menschenalter lang für ihre Einwohner Arbeit und Brot schaffen können. Selbst aus dem Frankenwald und aus Thüringen fanden Arbeiter dort Erwerb und Lebensunterhalt. Die Krise hielt sehr früh ihren Einzug in Stockheim. Zunächst wurden die Puppenfabriken stillgelegt. Dann wurde im Jahre 1926 das Bergwerk in Stockheim aufgelassen. 300 Bergleute wurden arbeitslos; sie sind inzwischen längst ausgesteuert. Der Gemeinderat ließ Koffstandsarbeiten in Angriff nehmen. Es gelang ihm, das Los der Erwerbslosen einigermaßen erträglich zu gestalten. Indessen mußte die Gemeinde dazu hohe Darlehen aufnehmen, deren Verzinsung ihr nun schwerste Sorgen bereitet.

Im März 1930 wurde die Glasfabrik in Stockheim stillgelegt. Sie hatte 230 Arbeiter beschäftigt. Damit waren die letzten Einnahmequellen verschwunden. Im April 1931 schieden auch diese Arbeiter aus der Au und Krü aus. Die Summe zur Unterstützung der Ausgesteuerten stieg auf monatlich 4000 Mark. Der Gemeinderat führte sämtliche Koffsteuern ein. Er wandte

sich um Unterstützung an die Landesbehörden. Durch das Eingreifen von Landtagsabgeordneten der Sozialdemokratischen Partei und der Bayerischen Volkspartei gelang es ihm, die nötigen Zuschüsse zu erhalten.

Das hatte ein Ende, seitdem die Verordnung der Regierung Bayern vom 4. September 1932 in Kraft getreten ist. Die Gemeinde erhält nur ein Viertel des zur Unterstützung notwendigen Betrages zugewiesen. Ihre eigenen Finanzquellen sind restlos ausgeschöpft.

Von 980 Einwohnern der Gemeinde sind 108 Wohlfahrtsempfänger. Insgesamt müssen 374 Personen von der Ortsfürsorge unterhalten werden. 107 Personen beziehen noch Au und Krü, und 203 Personen leben von Kriegs-, Invaliden- und Unfallrenten. Nur zwei Siebentel der Bevölkerung können ihren Unterhalt aus eigenem Einkommen bestreiten.

Ueber die Gemeinde ist entsetzliche Not herein gebrochen. Wohlfahrtsempfänger mit ihren Familien konnten wochenlang überhaupt keine Unterstützung erhalten. In den letzten Wochen mußten sie sich mit einer Unterstützung von 4 Mark, 2 Mark, ja, einer Mark wöchentlich begnügen!

In den ersten Wochen war es ihnen noch möglich, in der Umgebung ein Stück Brot und Milch für ihre Säuglinge zu erbetteln. Aber auch das

ist jetzt kaum mehr möglich, denn der Fränkermaldauer mit seinem unfruchtbaren Boden kann selbst kaum mehr weiter.

Brot haben viele Familien wochenlang nicht gesehen, für die Säuglinge fehlt es an Milch; Kartoffeln und Salz sind die einzige Nahrung der Anglücklichen.

Die Kinder der Koffelbenden sind unterernährt, sie schwinden dahin. Auch an den Erwachsenen zeigen sich die Folgen des Hungers. Nun zum Winter kommt noch der Mangel an Kleidung hinzu. Alle von der Gemeindevorstellung und dem Erwerbslosenausschuß unternommenen Schritte waren erfolglos. Die sozialen und materiellen Qualen der Erwerbslosen sind ins Unerträgliche gestiegen. Wiederholt sind die Landtagsfraktionen der Sozialdemokratischen Partei und der Bayerischen Volkspartei beim Staatsministerium vorfällig geworden. Aber sie konnten nichts erreichen, da auf dem Lande die nötigen Mittel fehlen. Helft uns, damit unsere unerträgliche Notlage sich nicht in allgemeines Siechtum verwandelt!

Dies Bild erschütternder Not steht nicht allein. So geht es vielen kleinen Industriegemeinden in Deutschland. Die Not wohnt nicht nur in den großen Städten, sie wohnt überall. So kann, so darf es nicht weitergehen!

Zuchthaus in Pommern

Urteile gegen Arbeiter, die sich gegen SA. wehrten!

Eigener Bericht des „Vormärts“

Stettin, 9. November.

Die ungeheuerlichen Strafanträge des Oberstaatsanwalts Dr. Wandersleben im Greifswalder Prozeß sind am Dienstagmorgen durch das unter größter Spannung gefällte Urteil des Schwurgerichts verwirklicht worden. Fünf Angeklagte wurden zu Zuchthausstrafen von fünf bis zehn Jahren verurteilt, fünf erhielten Gefängnisstrafen von drei Monaten bis zu 1½ Jahren, sieben wurden wegen Mangel an Beweisen freigesprochen. Die Verurteilung erfolgte bei den zu Zuchthaus verurteilten Angeklagten wegen vorsätzlicher Tötung, bei den anderen hielt das Gericht schweren Landfriedensbruch für gegeben. Die Verurteilten sind sämtlich Arbeiter und gehören, soweit sie politisch organisiert sind, der kommunistischen Partei an.

In kurzer Zeit werden sich 13 Nationalsozialisten wegen schweren Landfriedensbruchs vor Gericht zu

verantworten haben. Die Anklage erfolgte wegen mehrerer Zusammenstöße, die sich am gleichen Tage ereigneten wie die blutigen Zwischenfälle, die dem jetzt zu Ende geführten Prozeß zugrunde lagen.

Wieder Bombenleger

Ein Nazimann gefaßt

Kiel, 9. November.

Heute morgen ist vor dem Gerichtsgängnis in Kiel ein nationalsozialistischer Bombenanschlag verübt worden. Eine Polizeistreife konnte einen Nationalsozialisten festnehmen, der sich gerade von einer von ihm gelegten Bombe entziehen wollte. Der Sprengstoffbehälter, der unmittelbar vor den Beamtenwohnungen niedergelegt worden war, würde nach Ansicht der Polizei bei einer Explosion furchtbare Verwüstungen angerichtet haben. Der Täter ist verhaftet.

Der Bückling

Eine deutsche Spezialität

London, 9. November.

Den englischen Unterhausabgeordneten wurden im Wirtschaftsraum des Unterhauses 30 deutsche Bücklinge vorgeführt. Der Fischereidirektor des Bezirks Lowestoft hat sie eingelandet, um der englischen Volksvertretung „ein neues Versehen“ zu zeigen, wie man Heringe solange räuchernd, bis sie gar sind und Bückling genannt werden.

Naziverrat an Südtirol

Sie werden auch noch frech!

Am sozialistischen Jahrestag des Marches auf Rom haben reichsdeutsche Hitler-Verte in Uniform an der Jahrestagfeier in dem getrennten deutschen Boyen teilgenommen — an jenem Denkmal für den „Sieg“ Italiens, das als Höhepunkt für das verfluchte Südtirol von allen Deutschen peinlich gemieden wird.

Diese Schmach hat der frühere Abgeordnete Dr. Reut-Nicolussi in einer Innsbrucker Rundgebung nach Gebühr gegeißelt.

Dafür rächten sich die Pgs. der Volksverräter:

der veralteten Eigentumsordnung; daß kein anderes Mittel gegen die sozialen Nöte der Gegenwart vorhanden ist als der Zusammenschluß aller Ausgebeuteten und Entrechteten und die Eroberung der politischen Macht zur Durchführung einer grundlegenden sozialen Umgestaltung; daß kein Gott und kein König die Millionen der Werktätigen aus der jetzigen Verstrickung in unerhörte Widersprüche befreien kann, sondern daß nur die Selbsttätigkeit des organisierten Proletariats, sein glüh-

endes Verlangen nach Freiheit, seine soziale Schöpfungskraft, sein Streben nach Gleichheit und Gerechtigkeit menschenwürdige Zustände, neue, bessere Formen des menschlichen Zusammenlebens in dieser Welt des Elends, der Unfreiheit, der Ungerechtigkeit und der Ausbeutung zu schaffen vermögen.

Deutschösterreichs Fest

Der Staatsgründungstag

Früher als im Deutschen Reich war 1918 die Monarchie in Oesterreich zusammengebrochen. Die Loslösung der tschechoslowakischen Republik am 28. Oktober war das Ende Habsburgs. Der 1911 gewählte Reichsrat löste sich auf. Die Abgeordneten der deutschen Alpen- und Sudetenländer bildeten den Staatsrat Deutschösterreichs. Adolf Frank schon, bestimmte Viktor Adler, der Führer der Sozialdemokratie und nun Staatssekretär des Reiches, das Parlament, die Republik zu beschließen. Am 12. November — Viktor Adler hatte eben ausgesprochen — wurde vor allem Volk auf der Ringstraße die neue Verfassung feierlich verkündet. Ihr erster Satz lautete:

Deutschösterreich ist ein Glied der deutschen Republik.

Das Gebot der Siegermächte strich diesen Satz.

„In diesen Zeichen kämpft auch heute die millionenstarke Armee der Sozialdemokratischen Partei, der freien Gewerkschaften und der zahlreichen Kulturorganisationen gegen die Reaktion in Deutschland. Denen, die heute an der Macht

entfernte die Sübe „Deutsch“ aus dem Staatsnamen, sich weite Gebiete weg, lieferte Deutsch-Südtirol ohne Volksabstimmung und ohne Wiederbehalten der italienischen Fremdherrschaft aus.

Die ersten zwei Jahre stand die junge Republik stark unter sozialistischem Einfluß. Die sozialpolitische Gesetzgebung wurde unter Ferdinand Hanusch' Leitung vielfach vorbildlich für andere Länder. Was die Sozialdemokratie in Wien und anderen von ihr verwalteten Gemeinden geleistet hat, ist weltbekannt. 43 Prozent der abgegebenen Stimmen im Bundesrat, 67 in Wien hat die Sozialdemokratie in sicherem Besitz. Spaltungsversuche sind stets gescheitert. Der Heimwehrschub konnte nur durch brutalsten Unternehmendruck hungernde Arbeitslose in seine Reihen pressen, das Nazitum verbreitete sich ausschließlich auf Kosten des Heimwehranhangs und der Bürgerblockparteien. Kommunistische Kandidaturen erreichten — wie auch Loeben in Vorarlberg — kein Mandat, bringen nur die Sozialdemokratie zur Freude der Bourgeoisie und ihrer Hahnenstomms- und Hakenkreuzsoldaten um einen Landtagsitz.

Von der Staatsregierung ausgeschlossen, von den Organen des reaktionären Regimes durch schamlose Duldung tschechischer Überfälle, durch trotz einseitige Waffenruhe, durch aufreizende Parteijustiz verfolgt, hat die Sozialdemokratie sich den Willen erhalten und die Kraft geschossen, der Arbeiterklasse die lebensnotwendige Freiheit des legalen Kampfes um ihre Befreiung zu sichern; ihre Anftandigung, am 12. November wie alle Jahre zu marschieren, hat die Aufhebung des Demonstrationsoverbots für diesen Tag erzwungen. Sie marschiert heute in Wien für die Demokratie — sie marschiert entschlossen zum Sozialismus.

Belgien sucht Geld

Bisher vergeblich

Brüssel, 9. November.

Der belgische Ministerpräsident de Broqueville hat dieser Tage in Paris mit Herriot verhandelt. Wie aus guter Quelle verrietet, hat de Broqueville in Paris versucht, eine Anleihe von 1½ Milliarden Franken aufzutreiben. Der leitende belgische Finanzmann Franconi hat sich in voriger Woche in Paris um eine derartige Anleihe vergeblich bemüht. Die französischen Banken sind aber wenig zugänglich, zumal der belgische Schuldner seit 1930 fünf Milliarden verfallungen hat.

Vermutlich wird Frankreich, wie üblich, die Gewährung der Anleihe von politischen Bedingungen abhängig machen, insbesondere von einem engeren Zusammenrücken der beiden Generalstäbe, gegen das große Teile der belgischen Öffentlichkeit schärfsten Einspruch erheben. Allerdings ist gerade der belgische Ministerpräsident de Broqueville stets für eine enge Anlehnung an Belgien, auch auf militärischem Gebiet, eingetreten.

„Nur was zerfällt, vertretet ihr! Seid Kasten nur, trotz alledem! Wir sind das Volk, die Menschheit wir, Sind ewig drum, trotz alledem! Trotz alledem und alledem: So kommt denn an, trotz alledem! Ihr hemmt uns, doch ihr zwingt uns nicht — Unser die Welt trotz alledem!“

chen Demokratie und vor allem gegen die Deutschen Arbeiter und Sozialisten zu schleudern. Das ändert jedoch nichts an der geschichtlichen Tatsache, daß es sozialdemokratische Arbeiter waren, die aus dem Trümmerhaufen des alten zusammengebrochenen Deutschland einen Staat zurechtzimmerten, in dem zum erstenmal auf deutschem Boden die Grundzüge der großen bürgerlichen Revolutionen Freiheit, Gleichheit und Selbstbestimmung des Volkes Geltung erlangten, und in dem gleichzeitig die Anfänge geschaffen wurden für ein neues soziales Recht, für eine freie kollektive Selbstbetätigung der Arbeiterklasse, für eine weitgehende soziale Gesetzgebung, die den Anteil der Arbeiterklasse am Sozialprodukt steigern und ihre Stellung innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung günstiger gestalten soll. Freilich blieben diese Erwartungen hinter den Erwartungen zurück, die in sozialistischen Kreisen in der ersten verheißungsvollen Periode der Revolution gehegt wurden. Hier bewahrheitete sich aber in schlagender Weise der Satz, den unser Altimeister Karl Kautsky schon 1902 in seinen Vorträgen in Amsterdam und später in seiner Broschüre über die soziale Revolution geprägt hatte: Daß eine Revolution die aus einem kriegerischen Zusammenbruch entsteht, so hart mit anderen ihr fernliegenden Dingen belastet ist, daß sie ihre ursprünglichen Ziele nur in sehr beschränktem Maße zu verwirklichen vermag.

Doch was in der besonderen geschichtlichen Situation Deutschlands verwirklicht werden konnte, ist von der deutschen Sozialdemokratie und den mit ihr in einer Front marschierenden freien Gewerkschaften unter dem Aufgebot all ihrer Kraft in den Jahren nach der Revolution vollbracht worden. Eine Verfassung wurde geschaffen, die auf demokratischen Grundlagen aufgebaut, das Fundament für die politische Freiheit und für die Entfaltung der Volkshoheit in Reich, Ländern und Gemeinden bildete. Die Verwaltung wurde demokratisiert, die Sozialgesetzgebung ausgebaut, Kulturarbeit und Sozialhygiene auf allen Gebieten gefördert, der Anteil der öffentlichen Wirtschaft an der Gesamtwirtschaft vergrößert. Auf außenpolitischem Gebiet wurde mit Erfolg daran gearbeitet, die Härten des Versailler Vertrages zu mildern, die politische Isolierung Deutschlands zu überwinden,

die Atmosphäre des Mißtrauens gegen Deutschland zu zerstreuen

und durch Eintritt in den Völkerbund Ansehens an die großen Mächtegruppen zu erlangen. Dieser allmähliche Aufstieg währte etwa bis zum Jahre 1929/1930 und sein Endergebnis war, daß man von einem Durchbruch des proletarischen Deutschlands zur demokratischen Freiheit und zum schöpferischen sozialistischen Aufbau sprechen konnte. Trotz vieler Schattenseiten unseres politischen und wirtschaftlichen Lebens, die für einen Sozialismus nicht überraschend sind, der die Bedingtheit des politischen und sozialen Fortschrittes innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung kennt, konnte man doch mit Genugtuung feststellen, daß der politische Einfluß der Arbeiterklasse in der inneren und äußeren Politik zunahm, daß die Lebenshaltung der breitesten Schichten der Arbeiterschaft sich gebessert hatte, daß der Anteil des Proletariats an den Kulturgütern und seine eigene kulturelle Leistung sich steigerte, und daß in der zunehmenden Selbsttätigkeit und Selbstverwaltung der proletarischen Massen im Rahmen des demokratischen Staates die Fundamente für ihren Aufstieg zur politischen Macht und zur Verwirklichung des Sozialismus gelegt wurden.

In dieser Entwicklungslinie ist in den letzten Jahren, und namentlich seit dem Frühjahr dieses Jahres,

ein empfindlicher Rückschlag

eingetreten. Die Weltwirtschaftskrise, die sich besonders verheerend in Deutschland auswirkt, die ungeheuren Zahlen der Arbeitslosigkeit als Folge der Fehlrechnungen und der Schleudermethoden des deutschen Kapitalismus, die Vernichtung vieler Millionen selbständiger Existenzen, die ungelöste Reparationsfrage und der Druck des Weltkapitalismus, — alle diese Dinge haben jene tiefgreifenden Umrichtungen in deutschen Gesellschaftskörper und jene Verschärfung der politischen Spannungen herbeigeführt, die zur Zerschlagung des deutschen Parlamentarismus, zum Aufstieg des nationalsozialistischen Faschismus und zur nur notdürftig verhaltenen Diktatur der Junker- und Militärfaste geführt haben. Hier bestätigt sich erneut, daß der Spätkapitalismus, in dem wir leben, nicht mehr in der Lage ist, die Existenz der von ihm beherrschten Wirtschaftssysteme und die Lebenshaltung der von ihm zu Lohnsklaven degradierten Volksmassen höherzustellen. National und international verstrickt er sich in die unlösbarsten Widersprüche, er torcht nun Krise zu Krise und vermag nur notdürftig in den kurzen Perioden einer günstigeren Konjunktur seine Unfähigkeit zu verhehlen, den allgemeinen Bedürfnissen der Wirtschaft und der Gesellschaft gerecht zu werden. In dieser Situation ist es nur die sozialistische Arbeiterklasse, die den unterdrückten und gepeinigten Volksmassen den Weg aus dem kapitalistischen Chaos weist.

Auch diejenigen, die heute falschen Propheten nachlaufen und einem nationalen Scheinsozialismus huldigen, werden früher oder später einsehen müssen, daß es keinen anderen Ausweg aus der kapitalistischen Krise gibt als die Verwirklichung der Produktionsmittel und die Beseitigung

Gefahr für die Jugend!

Notverordnung über Fürsorgeerziehung

Die längst angekündigte Notverordnung zur Fürsorgeerziehung, gegen die die sozialdemokratische Reichstagsfraktion und die Arbeiterbewegung schon seit Monaten Stellung genommen haben, ist nun doch erschienen. Sie enthält keine Bestimmungen über das Arbeitshaus, aber was sie enthält, ist schlimm genug.

Bisher war geltendes Recht, daß Mündel und Kinder, deren Eltern das Personenfürsorgerecht entzogen ist, der Fürsorgeerziehung überwiesen werden durften, wenn die Aufwendung besonderer Mittel für die Erziehung bei anderweitiger Unterbringung notwendig war. Nach der Notverordnung können diese Jugendlichen zur Verhütung der Verwahrlosung, wenn anderweitige Unterbringung erforderlich ist, aber ohne Anspruchnahme öffentlicher Mittel nicht erfolgen kann, der Fürsorgeerziehung überwiesen werden. Das gilt nicht für körperliche Verwahrlosung.

Bisher war also für Minderjährige dieser Art das Jugendamt zuständig, das konfessionell neutral ist. Jetzt werden sie der konfessionellen Fürsorgeerziehung überwiesen. Das Jugendamt hatte für diese Kinder Kindergärten, Fürsorgeeinrichtungen aller Art. Die Fürsorgeerziehungsbehörde bringt sie in Anstalten oder in Familien unter, bei denen sie nur gelegentlich die Erziehung überwachen kann.

ersten Verfahren. Der Lagerverwalter Fischer hatte früher ausgelegt, daß Bullerjahn sich in auffälliger Weise nach perfekten Sachen in den Ecken erkundigt habe. Heute jagte Fischer aus, daß Bullerjahn ja genau Befehle gemacht habe, daß aber Herr von Bontard die Ungewohnheiten hatte, genau in die Ecken zu sehen, und daß Bullerjahn deswegen habe für Ordnung sorgen wollen.

Der Umstand, daß ein französischer Offizier einen Ehrenposten mit bestimmter Nummer habe öffnen lassen, wird von Fischer wie von dem Oberleutnant Dühring als üblich und harmlos zu erklären bezeichnet. Der Zeuge Fischer gab ferner zu, daß drohende Äußerungen Bullerjahn in der Form gefallen sein könnten, wie sie Bullerjahn heute selbst anstellte. Es wurde ferner festgestellt, daß außer Bullerjahn noch eine ganze Reihe von Arbeitern und Angestellten Kenntnis von dem geheimzuhaltenden Material hatte.

Geständnis nach der Wahl Nazimilchwirtschaft in Mecklenburg

Der nationalsozialistische Ministerpräsident Branzow von Mecklenburg-Schwerin, der Schwager von Goebbels, hat vor der Wahl den Mecklenburgischen Landtag schonend darauf vorbereitet, daß das Defizit etwa 3,6 Millionen Mark betragen werde. Diese Mitteilung war eine Schönfärberei, denn die nationalsozialistische Wirtschaft hat das Land Mecklenburg-Schwerin in eine schwere Finanzkrise gebracht.

Drei Tage nach der Wahl hat nun der Ratzfraktionsführer Hilbrandt im Landtage mitgeteilt, daß das Defizit 6,6 Millionen Mark betragen werde, also fast noch einmal soviel, wie der Ratzministerpräsident vor der Wahl zugegeben hatte. Außerdem wird jetzt zugegeben, daß die Ratzregierung die Schlichtsteuer einzuführen gedenkt und die Beamtengehälter kürzen will! Diese Pläne sind das Eingeständnis der Mißwirtschaft. Sie sind wohlweislich bis nach der Wahl zurückgehalten worden.

Wenn in Mecklenburg am nächsten Sonntag noch einmal gewählt werden würde, so würden den Nationalsozialisten noch einmal sozial Wähler davonlaufen, wie ihnen in Mecklenburg am vergangenen Sonntag davonlaufen sind!

Nun auch in Dänemark! Am Hauptplatz in Kopenhagen wurde bei einer Schlägerei zwischen Kommunisten und jungen Sozialdemokraten der 17-jährige Sozialdemokrat Werner Nielsen von den Kommunisten erschlagen.

Umfang des Roosevelt-Sieges

Stimmenverhältnis 15:11 / Wahlmännerverhältnis 24:1

New York, 9. November.

Nach den neuesten Zählungen sind für Roosevelt 14 627 445 Stimmen und für Hoover 10 704 719 Stimmen abgegeben worden. Von den 531 Wahlmännern erhielten Roosevelt 472 und Hoover 20. Nicht wie ursprünglich bekanntgegeben wurde 78. 39 Wahlmännern Stimmen sind noch zweifelhaft.

Der Vergleich zwischen den Wählerstimmen und den Wahlmännernstimmen, die die beiden Kandidaten erhalten haben, ist ein neuer klassischer Beweis für die Ungerechtigkeit jedes Wahlsystems ohne Proporz. Circa 15 Millionen Wählerstimmen und 472 Wahlmänner für Roosevelt, fast 11 Millionen Wählerstimmen, aber nur 20 Wahlmänner für Hoover — das Verhältnis ist offensichtlich. Allerdings würde in diesem Falle auch eine proportionale Zusammenlegung des Wahlmännerkollegiums an der absoluten Mehrheit für Roosevelt nichts ändern. Aber die Gegenüberstellung von 42 Staaten, die eine Mehrheit für die Demokraten erbracht haben, und der sechs Staaten, die Hoover treu geblieben sind, ist insofern irreführend, als sie nicht erkennen läßt, daß die Republikaner nach wie vor eine sehr starke Partei sind und daß das wirkliche Kräfteverhältnis lautet 15:11.

Die späteren Meldungen haben auch den starken Zuwachs der sozialistischen Stimmen hervor. Vor vier Jahren noch nur etwa eine Viertelmillion, jetzt 1 1/2 Millionen, der Boom ist beträchtlich; besonders wenn man bedenkt, daß nur solche Wähler für Norman Thomas ihre Stimmen abgeben konnten, die aus reiner sozialistischer Überzeugung und mit dem Bewußtsein handelten, daß sie damit auf einen direkten Einfluß auf die Entscheidung verzichteten. New-Yorker Korrespondenten bürgerlicher Blätter betonen dabei ausdrücklich, daß die Stimmenzahl für Thomas noch viel größer gewesen wäre, wenn nicht die Erbitterung gegen

Altes Volkslied

v. Papen: Die Regierung hält die Arme weit geöffnet . . .



Und sie lacht schon und spitzt's Mäulchen,
Und sie ziert sich noch ein Weilchen
Und dann küßt sie den Franz . . .

Kabinetts und Parteien Um Papens Rücktritt

Meldung der „Telegraphen-Union“

Das Reichskabinetts trat am Mittwoch zum ersten Male nach den Reichstagswahlen zur Besprechung der politischen Lage zusammen. Zunächst hielt in der Kabinettsitzung der Reichskommissar für die Arbeitsdienstpflicht Vortrag. Auf Grund seiner Ausführungen wurde beschlossen, die Arbeitsdienstlager auch den Winter hindurch offen zu halten. Sodann wurde eingehend die politische Lage besprochen. Es wurde allgemein der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß eine nationale Konzentration wünschenswert sei.

Wie verlautet, dürfte der Kanzler zu diesem Zwecke im Laufe der nächsten Tage die Parteiführer empfangen, um sie über diese Ansicht zu informieren.

Ein Rücktritt des Kabinetts oder von Teilen des Kabinetts kommt jedoch nicht in Frage.

Frage. Nach den neueren Entwicklungen der Dinge ist es auch unwahrscheinlich, daß der Landwirtschaftsminister Freiherr von Braun jurüdtreten wird, da in der Kontingentsfrage eine Lösung auf dem Wege ist, die voraussichtlich alle beteiligten Parteien zufriedenstellen dürfte.

Die weitere Entwicklung der Dinge dürfte nunmehr die sein, daß das Kabinetts seine weiteren Beschlüsse davon abhängig macht, ob es den Parteien gelingt, ein Programm und ein Kabinetts der nationalen Konzentration von sich aus zu bilden. Erst wenn dies gelungen ist, dürfte die Frage eines Rücktritts überhaupt erörtert werden.

Arbeiter und Nation

Oder: Zweierlei Maß

Die kommunistische Presse ist in den letzten Wochen wiederholt wütend über Laspard hergefallen, weil er sich in seiner Rede in Bernau zur Nation bekannt hat. Die kommunistische Presse, die sich gerade jetzt in nationalistischen Tiraden überschlägt und behauptet, sie allein kämpfe gegen Versailles, tut so, als ob dieses Bekenntnis für einen sozialdemokratischen Arbeiterführer etwas Neues und Ungewöhnliches wäre.

Wir empfehlen den Kommunisten, in dem Buche von Arthur Rosenberg: „Geschichte des Bolschewismus“, nachzulesen, wie Lenin sich über das Nationalgefühl der Klassenbewußten Arbeiterschaft äußert hat: „Ist uns, den großrussischen, Klassenbewußten Proletariats, das Gefühl nationaler Stolz fremd? Gewiß nicht. Wir lieben unsere Sprache und unsere Heimat. . . Wir sind von Nationalstolz erfüllt und . . . wollen durchaus ein freies und unabhängiges, selbständiges, demokratisches, republikanisches und stolzes Großrussland.“ So Lenin im Dezember 1914. (Rosenberg: „Geschichte des Bolschewismus“, S. 52.)

Republikanischer Reichsbund. Zu Vorliegenden des Deutschen Republikanischen Reichsbundes sind gewählt worden: Staatssekretär Kneeg, Postgeneraloberkommandeur Heimanusberg und Reichstagsabgeordneter Kurt Heintz.

In Leningrad sind 15 Leute verhaftet worden, die in dem letzten halben Jahr wiederholt Feuerüberfälle auf Sowjetbeamte und Kommunisten verübt haben sollen. Bei der Verhaftung wurden zwei Widerstandleistende erschossen.

Der Prozeß Bullerjahn

Günstige Aussagen für Bullerjahn

Bei der Fortsetzung der Zeugenvernehmung wurde das allgemeine Verhalten Bullerjahn und sein Verhalten während der Revision durch die Militärkommission erörtert. Dabei ergab sich, daß mehrere Zeugenaussagen in ganz anderer Form herauskommen als im

Künstlertheater

Zilaby: „Die Nacht zum 17. April“

Das Künstlertheater, im Wellengang der Kritik aus den Händen Dr. Roberts in die Hände der Mutter hinübergeschlagen, spielt einen amüsanten Kriminalstreifer. Leopoldine Konstantin ist die Heldin, die eingesticht, den Mord aus Liebeszweifel begangen zu haben, und sie hat doch nicht gemordet. Die Lösung des Geheimnisses geschah unter Tönen und das Publikum weinte mit. Ob das berechtigt ist, muß untersucht werden. M. S.

An den

Verlag „Vorwärts“

BERLIN SW 68, LINDENSTR. 3

Ich abonniere den „Vorwärts“ zweimal täglich frei ins Haus mit der illustrierten Sonntagsbeilage in Tiefdruck

„Volk und Zeit“

zum Preise von 75 Pf. pro Woche.

Name:

Wohnung:

Nahezu Zweidrittelmehrheit im Senat

New York, 9. November.

Nach den letzten Berichten wurden bisher 25 Demokraten für den Senat neugewählt, so daß die Demokraten insgesamt 56 Sitze haben. Die Republikaner erhielten bisher vier Sitze und konnten damit die Gesamtzahl ihrer Sitze auf 34 bringen. (Der Senat besteht aus 96 Mitgliedern, je zwei Senatoren für jeden Staat. Red.) Im Kongreß erhielten die Demokraten bisher 241, die Republikaner 48 Sitze.

Wir flagen an!

Arbeiter Berlins, hört und urteilt!

Der Berliner Verkehrsstreik hat mit einer Niederlage geendet. Ohne das geringste erreicht zu haben, hat die „zentrale Streikleitung“ der Nazis und Kommunisten die Bewegung abgebrochen. Die Opfer sind furchtbar. Witwen weinen um ihre Männer, Waisen um ihre Väter. Verwundete wälzen sich in Schmerzen. Familien sind ihrer Ernährer beraubt, die in Unterlebenshöhe dem Urteil einer notverordneten Schreckensjustiz entgegenstehen. Nicht genug damit, 2500 BBG-Arbeiter finden die Tore des Betriebes, den sie auf Befehl der „zentralen Streikleitung“ verlassen hatten, gegen ihre Rückkehr verschlossen!

Alle diese furchtbaren Opfer sind für nichts gebracht! Die „zentrale Streikleitung“ hat am Montag den Streik abgebrochen, sie hat die Angestellten der BBG. aufgefordert, die Arbeit zu genau denselben Bedingungen aufzunehmen, wie sie vor dem Streitausbruch festgesetzt worden waren.

*

Der Ausbruch des Streiks erfolgte drei Tage vor der Reichstagswahl. Der Abbruch wurde angeordnet am Tage nach der Reichstagswahl. Während dieser fünf Tage war von einem ernstlichen Versuch der „zentralen Streikleitung“, die erfolgte Lohnkürzung wieder rückgängig zu machen, nichts zu bemerken. Vielmehr hatten die Herrschaften, Nationalsozialisten und Kommunisten, alle Hände voll zu tun, um die freien Gewerkschaften, die Sozialdemokratische Partei und den „Vorwärts“ mit Verleumdungen zu übersättigen. Man sollte glauben, auch ein Blinder hätte sehen müssen, daß dieser Verkehrsstreik überhaupt gar keine eigentliche Lohnbewegung war, sondern nur ein Wahlmanöver, das Nazis und Kommunisten gemeinsam veranstalteten.

Den Beteiligten wie den Zuschauern schien es, als ob Nazis und Kommunisten im Gegenfug zu den „schlappen“ Gewerkschaften eine ungeheure Aktivität entwickelten. Dieser Anschein wurde mit Bedacht bis über den Wahltag aufrechterhalten. Nach dem Wahltag aber klappte diese scheinbare Aktivität sofort wieder vollständig zusammen. Die Parteien, Nazis und Kommunisten, strichen den agitatorischen Gewinn ein und präsentierten dem arbeitenden Volk die Rechnung, die es mit Gut und Blut zu bezahlen hat.

Wenn das Wort richtig ist, daß man durch Schaden klug wird, so muß die arbeitende Bevölkerung Berlins durch diesen Schaden sehr klug werden!

*

Der völlige Mißerfolg der kommunistisch-nationalsozialistischen Streikleitung beweist, daß die Gewerkschaften tatsächlich in Abwehr der von der Direktion gestellten Forderungen soviel erreicht hatten, wie zu erreichen war, und daß es besser war, die trotzdem verbliebene Lohnkürzung zunächst bis zur Rückkehr einer besseren Gelegenheit hinzunehmen, als einen Kampf zu riskieren, der den Schaden nur noch vermehren konnte.

Auch der „Vorwärts“ hat vor diesem Streik, dessen Nutzlosigkeit jeder gewerkschaftlich Geschulte von vornherein klar erkannte, gewarnt. Er würde keine Pflicht als Arbeiterblatt nicht erfüllt haben, wenn er anders gehandelt hätte!

Es ist eine Lüge, wenn unsere Gegner von uns behaupten, wir hätten der Herabsetzung der Löhne bei der BBG. zugestimmt. Der „Vorwärts“ führt im Sinne der freien Gewerkschaften den Kampf für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen und gegen alle Verschlechterungen. Aber er lehnt es ab, die Arbeiter über die Aussichten eines einzelnen Kampfes zu täuschen und sie in opferreiche Niederlagen hineinzubringen.

Der „Vorwärts“ hat die brutalen Methoden, mit denen die regierende soziale Reaktion den Streik und die Streikenden bekämpfte, aufs schärfste kritisiert. Er hat gegen die Scharfmachermethoden der BBG.-Direktoren, die einen verlorenen Streik mit Massenmaßnahmen beantwortet, den schärfsten Protest erhoben. Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei betrachten es als ihre Aufgabe, den Geschlagenen in jeder Art

Beistand zu leisten und die Wirkungen der Niederlage nach Kräften zu mildern. Gerade diese Haltung aber gibt ihnen und uns das Recht, Anklage zu erheben, Anklage gegen die gewissenlosen Gesellen, die Tausende von Menschen ins Unglück gejagt haben, die die Verantwortung tragen für die Niederlage, die sie trivial herbeigeführt haben um ihrer parteipolitischen Ziele willen!

*

Wir wollen den Kampf! Wir wollen den Widerstand! Aber wir wollen ihn unter einer verantwortungsbewußten und erfahrenen Führung! Wir wollen den Sieg! Darum erheben wir Anklage, Anklage gegen die Schuldigen der Niederlage vom 7. November: Nationalsozialisten und Kommunisten!

Erfolgreich können Kämpfe nur geführt werden mit Organisation und Disziplin und mit Führern, die den Mut haben, die Wahrheit zu sagen! Diejenigen, die den BBG.-Arbeitern den Sieg durch diesen Streik versprochen, haben sie belogen und betrogen!

Zurück zur gewerkschaftlichen Organisation! Zurück zur gewerkschaftlichen Disziplin! Nieder mit der Niedertagenstrategie! Mit den Gewerkschaften, mit der Sozialdemokratie vorwärts zum Sieg!

Nach der Schlacht!

Rette sich, wer kann!

Als Mitglieder der Zentralstreikleitung traten bei der nationalsozialistisch-kommunistischen BBG.-Aktion auch die Vertreter der nationalsozialistischen Betriebsorganisation auf. Die Nationalsozialisten waren jedoch klüger als ihre kommunistischen Strategen. Sie behielten sich trotz gemeinsamer Beschlüsse das Recht vor, jederzeit von diesen Beschlüssen zurückzutreten, jedenfalls in weiser Voraussicht, daß diese von vornherein zum Mißlingen verurteilte Aktion sich bald dem Punkt nähern würde, wo es heißt: Rette sich wer kann!

Deshalb erleben wir jetzt das Schauspiel, daß sich die geschlagenen Feldherren dieses unruhlichen Feldzuges, den die irreführenden, mißbrauchten BBG.-Arbeiter zu bezahlen haben, in

Am Tage danach



Straßenbahner! In diesem Zeichen werdet ihr niemals siegen!

den Haaren liegen darüber, wer die Schuld an dem erfolglosen Zusammenbruch des Kampfes trägt. Es ist das selbe Trauerspiel, wie wir es nach dem verlorenen Weltkrieg erlebten.

Gewerkschaften, hellet!

Daß eine Verkehrsstillegung in dem Ausmaße, wie sie die nationalsozialistisch-kommunistische BBG.-Aktion mit sich brachte, das gesamte öffentliche Interesse aufs stärkste in Anspruch nimmt, ist nur allzu verständlich. Mit Recht interessiert ist die gesamte Öffentlichkeit an dem Schicksal der Opfer dieser Bewegung, die in dieser Zeit furchtbarer wirtschaftlicher Not ihren Arbeitsplatz verloren haben. Die strupelosen politischen Akteure dieser Bewegung haben kein soziales Gewissen. Sie überlassen, nachdem die Bewegung als Wahlmanöver ihre Wirkung erzielt hat, nunmehr den freien Gewerkschaften immer die Wiedergutmachung der angerichteten Schäden. — Dieselben freien Gewerkschaften, die von Nationalsozialisten und Kommunisten mit ihrem Haß verfolgt werden, gegen die sich die Aktion in erster Linie richtete, dieselben freien Gewerkschaften sind jetzt wiederum dazu berufen, mit allen Mitteln für die Wiedereinstellung der entlassenen Arbeitnehmer der BBG. einzutreten, soweit dies irgendwie möglich ist. — Schon im Verlauf der Bewegung haben die freien Gewerkschaften den Ortsausschuß des ADGB. ersucht, für die Freilassung 52 verhafteter kommunistischer Funktionäre einzusehen. Es ist dies mit Erfolg geschehen.

Die freien Gewerkschaften unter Führung des Gesamtverbandes haben mit der Direktion der Berliner Verkehrs-Gesellschaft über die Wiedereinstellungen entlassener Arbeitnehmer verhandelt.

Der Gesamtverband hat namens der am Tarifvertrag beteiligten Gewerkschaften gegen die Entlassungen schärfsten Protest erhoben. Die Verhandlungen hatten zunächst das Ergebnis, daß die Direktion der BBG. sich bereit erklärte, sofortige Nachprüfungen vorzunehmen, und stellte Wiedereinstellungen in Aussicht, soweit es die Betriebsverhältnisse irgend zulassen.

Der Versuch der Gewerkschaften, wieder gut zu machen, was von den Scharmachern der BBG. und der nationalsozialistisch-kommunistischen Streikleitung angerichtet worden ist, hat also nur einen sehr unbedeutenden Erfolg gehabt. Die BBG. gibt durch Massenentlassungen nach einem Streik allen Arbeitgebern Deutschlands ein schlechtes Beispiel. Ihr geringes Entgegenkommen kann an der Kritik, die ihr Verhalten verdient, nichts ändern.

Wir fordern: Wiedereinstellung der Entlassenen!

SPD. hat schuld-woran?

An hohen Löhnen, sagt die „Deutsche Zeitung“

Bei Hitler, Hugenberg und Thälmann ist man sich einig darüber, daß die SPD. an allem schuld hat. Dem einen ist es zu trocken, dem andern zu naß, dem einen zu warm, dem andern zu kalt, dem einen sind die Straßenbahnerlöhne zu hoch, dem andern sind sie zu niedrig — aber an allem hat die SPD. schuld. In dem Augenblick, in dem sich die kommunistische und die nationalsozialistische Presse bei der gemeinsamen Verleumdung fanden, die Sozialdemokratie billige die Lohnkürzungen bei der Straßenbahn, erhob die im Hugenberg-Lager stehende „Deutsche Zeitung“ gegen die Sozialdemokratie die Anklage, sie habe die Löhne bei der BBG. in unverantwortlicher Weise hochgetrieben. Wörtlich hieß es in der „Deutschen Zeitung“ am Donnerstag, dem 3. November:

Die Sozialdemokratie hat mit den häßlichen Arbeitern, Angestellten und Beamten ein schändliches Spiel getrieben. Man fehle gegen den Einspruch der für die Wirtschaftlichkeit der Betriebe Verantwortlichen die Einkommensgrenze wesentlich und unverantwortlich heraus.

In keinem Betriebe wurde das so unverhüllt, so überschwerdend und leichtsinnig durchgeführt wie in der BBG. Ganz Berlin hat es in Aufregung versetzt, warum ein Brot nicht aus seinem Amt zu bringen war. Er war es, der in der BBG. planmäßig mit Gehalts- und Lohnerhöhungen Wahlfang für die Sozialdemokratie trieb.

Also, wenn ein sozialdemokratischer Direktor die Löhne erhöht, tut er es nur aus gemeinen Motiven. Und wenn dann eine Direktion, in der kein Sozialdemokrat sitzt, die Löhne herabsetzt, so ist das auch wiederum nur eine Niedertracht der Sozialdemokratie.

So plump wird geschwindelt! Und es sind bestimmt nicht die klügsten, die auf einen so plumpen Schwindel hereinfallen!

Wer brach den Streik?

Nazis und Kommunisten beschuldigen sich gegenseitig

Die großartige Aktion der sogenannten „zentralen Streikleitung“ im Berliner Verkehrsstreik hat als elende Schmierkomödie geendet. Zunächst waren Nationalsozialisten und Kommunisten vollkommen einig, indem sie alle Schuld auf die Sozialdemokratie abgaben. Dann aber gerieten sie einander in die Haare, und jetzt schimpfen sie sich gegenseitig Streikbrecher. So erläßt die sogenannte nationalsozialistisch-kommunistische Betriebsorganisation eine Erklärung, in der es heißt:

Am 5. Streiktag, am Montag, dem 7. November, schickten auch die Kommunisten durch ihre AGD-Funktionäre unter allerlei Vorwänden ihre Anhänger in die Betriebe und stellten dadurch den noch kämpfenden den Erfolg in Frage. Am Montagabend versammelten die Kommunisten durch ihre AGD. nach den Rest ihrer Anhänger und erklärten unter allerlei lendenhaften Ausreden den Streik für beendet. Sie gingen sogar so weit, ihren Anhängern vorzuliegen, daß

die Nationalsozialisten bereits den Streik abgebrochen

hätten. Die AGD. könne darum den Streik nicht mehr weiter führen. Die AGD. verbreitete auch Flugblätter, in welchen sie zum sofortigen Abbruch des Streiks aufforderte.

Somit ging der Rest der Kommunisten am Dienstag früh in die Betriebe. Der Montag war der Tag, an dem sich die Fronten reiflos klärten. Die Freigewerkschaftlichen und SPD. verlagten zuerst, die

SPD. und AGD. folgten brav hinterher.

Sie verließen die Front der um ihre Rechte kämpfenden Arbeiterschaft! Der Abschluß der Reichstagswahl bedeutete für die Marxisten gleichzeitig den Austritt aus der Arbeiter-Kampffront!

Die Nationalsozialisten hielten das Banner des Kampfes bis zum Dienstagmittag hoch, und nur unter der Feststellung der Tatsache, daß die Führung der AGD. und der freien Gewerkschaften die Arbeiterfront verraten hatten, den ehrlich gemeinten Wirtschaftskampf der Arbeiterschaft sabotierten, veranlaßten die Nationalsozialisten auch ihrerseits, den nunmehr aussichtslos gewordenen Kampf abzubrechen.

BBG-er! Euer Kampf wäre von Erfolg gekrönt gewesen, wenn nicht die einseitige Front der Schaffenden

durch sozialdemokratische und kommunistische Funktionäre erdolcht

worden wäre!

Hier ist der untrügliche Beweis dafür geliefert, daß die Nationalsozialisten die Freunde, dagegen die Marxisten die Feinde des arbeitenden Volkes sind. Die Arbeiterschaft Berlins soll an diesem Erlebnis lernen, und in Zukunft unter nationalsozialistischer Führung den schärfsten Kampf gegen diese marxistischen Verräter führen.

Wie aus diesem Aufruf selbst hervorgeht, gehen die Kommunisten den Nazis den Vorwurf des Streikbruchs zurück. So versichert die „Welt am Abend“, die Nazis hätten zur Zermürbung der Streikfront ihr Möglichstes getan und sie seien am Montag als erste in die Betriebe gelaufen!

Die Wahrheit über die BVG.-Aktion

An die arbeitende Bevölkerung Berlins!

Wie ist es zum Berliner Verkehrsstreik gekommen? Wer darüber sachlich urteilen will, lese aufmerksam die folgende Darstellung. Hier sind keine Phrasen, sondern Tatsachen!

Seit Juni 1931 wird von den Regierungen in die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der in den öffentlichen und lebenswichtigen Betrieben Beschäftigten mit gesetzlichen Maßnahmen eingegriffen. Mit vier aufeinander folgenden Notverordnungen wurden die Eingriffe in das Tarifrecht vertieft und der Teil der betroffenen Arbeitnehmer vergrößert.

Den schwersten Schlag gegen das Tarifrecht führte die Regierung Papen

mit ihrer Notverordnung vom 5. September, durch die die Tarifabmachungen für alle in öffentlichen Betrieben und Gesellschaften Beschäftigten der Prüfung und Beanstandung durch die Regierungsstellen unterworfen wurden, mit der Maßgabe, daß Rechtsmittel der Gewerkschaften gegen die behördlichen Beanstandungen ausgeschlossen wurden.

Trotz dieser schweren gesetzlichen Vorschriften haben die freien Gewerkschaften unter Führung des Gesamtverbandes, der in allen Stellen Hauptträger der Tarifabkommen für die in öffentlichen Betrieben Beschäftigten ist, die Lohn- und Arbeitsbedingungen in ordnungsmäßigen gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen mit den Arbeitgebern ohne Zuhilfenahme staatlicher Schlichtungsinstanzen geregelt. Alle Löhne in den öffentlichen Betrieben einschließlich der Verkehrsbetriebe und der Betriebe, die die Bevölkerung mit Gas, Wasser und Elektrizität versorgen, müssen nach den Notverordnungen den Löhnen der Reichsarbeiter bzw. der Reichspostarbeiter gleichgestellt werden.

Tatsache ist, daß es der gewerkschaftlichen Arbeit bis heute gelungen ist, diesen Lohnabbau abzuwehren.

Nachdem für die Berliner städtischen Arbeiter und für die Beschäftigten in den Berliner Gas- und Wasserwerken ab 1. Oktober 1932 die Löhne tariflich neu geregelt waren, mit der Maßgabe, daß sie im Durchschnitt 10 bis 11 Pf. pro Stunde höher liegen als die Löhne der Reichsarbeiter — trotz einhalbjähriger Notverordnungspolitik — stand auch für die bei der BVG. Beschäftigten die Neuregelung der Löhne ab 1. Oktober bevor. Die Löhne der BVG. weichen in verschiedenen Bestimmungen auf Grund der Eigenart des Betriebes, soweit das Fahrpersonal in Frage kommt, von den Lohngruppen der übrigen städtischen Arbeiter ab. In jahrelangen gewerkschaftlichen Kämpfen ist erstritten worden, daß

die Lohn- und Arbeitsbedingungen, die früher nicht unerheblich ungünstiger waren, nunmehr mit denen der städtischen Arbeiter und Werksarbeiter im wesentlichen gleichgestellt sind.

Die Direktion der BVG. hat jedoch beim Beginn dieser Lohnbewegung verkündet, daß ein Tarifvertrag mit einer Lohnregelung wie bei den städtischen Betrieben und Werken nicht in Frage kommt und hat die gesamte Belegschaft der BVG. in Empörung gebracht mit der unmöglichen Forderung einer Kürzung der Löhne der Beschäftigten von 14 bis 23 Pf. pro Stunde. In langen Verhandlungen ist von den Gewerkschaften unter Führung des Gesamtverbandes ein Ergebnis erzielt worden, das eine Senkung der Stundenlöhne um 2 Pf. ab 1. November 1932 vorsah. Alle sozialen Zulagen, einschließlich der Zulagen für das Fahrpersonal, und alle übrigen lohnvertraglichen Bestimmungen sollten unverändert bleiben.

Während der Verhandlungen, die sich mit ihrem Ende auch dem Wahltag näherten, trat

die Einheitsfront der Nationalsozialisten und der Kommunisten

in Erscheinung. In unzähligen Artikeln wurde der „Gewerkschaftsbürokratie“ unterstellt, daß sie einen weitgehenden Lohnabbau hinnehmen würde. Der Stadtkommissar Wisnewski (NSD.), Mitglied des Aufsichtsrates der BVG., erklärte nach einem Bericht der „Roten Fahne“ vom 23. Oktober 1932 vor dem „Einheitsausschuß“, bestehend aus Nationalsozialisten, KPD. und Unorganisierten, in Haverlands Festreden: „Die freien Gewerkschaften werden einen Stundenlohnabbau von 5 Pf. hinnehmen.“

In einer Aufsichtsratsitzung der BVG. haben die kommunistischen Vertreter gegen den Antrag der Sozialdemokraten gestimmt, nach dem die Direktion im letzten Stadium der Verhandlung beauftragt wurde, auf der Grundlage der bisher geltenden Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verhandeln.

Also einerseits in ungezählten Zeitungsartikeln Kampf gegen jeden Lohnabbau, andererseits Dolchstoß in den Rücken der für die Arbeitsbedingungen der BVG.-Arbeiter verantwortlichen, am Tarif beteiligten Gewerkschaften. In einem nicht mehr zu überbietenden Teufelskreis auf die zu zwei Dritteln unorganisierte Belegschaft der BVG. wurde von den Nationalsozialisten und Kommunisten eine Stimmung erzeugt, die es den Funktionären der freien Gewerkschaften unmöglich machte, allein die Verantwortung für eine endgültige Entscheidung zu tragen. Die Vollversammlung der Funktionäre der freien Gewerkschaften verlangte daher, daß die Gewerkschaften eine Abstimmung in den Betrieben herbeiführen. Die sonst übliche Befragung der Belegschaft durch die Gewerkschaften war in diesem Falle nicht möglich, da die Gewerkschaften nur ihre Mitglieder befragen können, nicht aber die Unorganisierten.

Um wenigstens die Ordnungsmäßigkeit zu garantieren, ist die Abstimmung von der gesetzlichen Betriebsvertretung durchgeführt worden. Das Ergebnis ist bekannt: Keine jahungsgemäße Mehrheit für Streik, aber auch keine Mehrheit für Annahme des Verhandlungsergebnisses.

Unter vernünftiger gewerkschaftlicher Ausnutzung dieses Abstimmungsergebnisses wäre es durchaus möglich gewesen, weitere Erfolge für die Belegschaft zu erringen. Darauf kam es jedoch der nationalsozialistisch-kommunistischen Einheitsfront nicht an. Der Wahlschlager mußte steigen!

Beweis: „Rote Fahne“ vom 3. November 1932. Sie schrieb:

„Der Streik richtet sich formell gegen einen Lohnabbau von 2 Pf. die Stunde... aber es geht um mehr als das.“

Angesichts des Abstimmungsergebnisses lehnten die beteiligten Gewerkschaften die Unterzeichnung eines Lohnabkommens ab.

Bei dieser Lage der Dinge wäre es richtig gewesen, die Verhandlungen weiterzuleiten und sich die Waffe des Streiks als letztes Mittel aufzusparen. Statt dessen trieben die Nazis und Kommunisten aus politischen Gründen zur sofortigen Arbeitsniederlegung. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates der BVG. sah sich veranlaßt, da die Gewerkschaften sich weigerten, den Vertrag zu unterzeichnen, die Vertreter der Gewerkschaften zu laden. Diese forderten nach wie vor neben der Fortzahlung der bisherigen Lohnsätze eine Verlängerung des Manteltarifvertrages in seiner alten Fassung. Die Verhandlungen verliefen ergebnislos.

Schon am Nachmittag des gleichen Tages griff der Schlichtungsausschuß auf Veranlassung der Direktion ein. Damit gerieten die Tarifverhandlungen zwangsläufig in den Bereich der behördlichen Schlichtung.

In den Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß begründeten die Direktionsvertreter einen Lohnabbau, der über das bisherige Ergebnis der durch die freien Gewerkschaften geführten Verhandlungen hinausging.

Es wurde jedoch ein weiterer Lohnabbau über die Stundenlohnkürzung von 2 Pf. hinaus im Schlichtungsverfahren abgewehrt. Der alte Manteltarifvertrag mit seinen für die Verkehrsarbeiter so außerordentlich wichtigen sozialen Bestimmungen, wie: Bezahlung der Wochenfeiertage — Krankentage bis zu 26 Wochen — Urlaub mit vollem Lohn bis zu 19 Arbeitstagen — freie Fahrt auf allen Verkehrsmitteln der BVG. und freie Dienstkleidung usw., wurde bis zum 31. März 1933 unverändert verlängert.

Das ist das alleinige Verdienst der Gewerkschaften.

Die Gewerkschaften haben sich bis zuletzt gegen jeden Lohnabbau gewehrt. Sie machten von der gegebenen Erklärungsfrist keinen Gebrauch, sondern lehnten den Schiedsspruch unmittelbar nach der Verkündung ab. Alle gegenseitigen wohlpolitischen Zwecklagen ändern an diesen Tatsachen nichts. Nun setzte der Staatsapparat mit seinem Schlichter ein. Trotz ernster Warnungen sprach der Schlichter die Verbindlichkeitserklärung aus. Dadurch war ein Tarifvertrag mittels staatlichen Zwanges festgesetzt. Die Löhne sind nach dem Schiedsspruch folgende:

Für die Technik:

Angelernte	88 Pf. pro Stunde
Handwerker	104 „ „
Männliches Verkehrspersonal	97 „ „
Fahrkartenausgeberinnen	79 „ „

Frauen- und Kinderzulagen von je 2 Pf. pro Stunde bleiben bestehen, sie wurden bisher bis zu 48 Stunden und werden künftig bis zu 48 Stunden gezahlt.

Die Fahrzulagen für das Fahrpersonal werden in alter Höhe weitergezahlt, ebenso die Zulagen für die in der Technik Beschäftigten.

Die nationalsozialistisch-kommunistische „Zentralstreikleitung“ hatte weder die Fähigkeit noch den Willen, die von ihr inszenierte Streikaktion im Interesse der Verkehrsarbeiter auszuwerten. Sozial inquisitorisch bekamigeworden, hatte sich zwar eine Kommission von fünf Personen bei der BVG.-Direktion vorgestellt; sie fand sich aber mit der Erklärung der Direktion ab, daß sie mit diesem „Einheitskomitee“ nicht verhandle.

Die freien Gewerkschaften hatten zum Freitag eine Vollversammlung aller freigewerkschaftlichen Funktionäre einberufen. Die Meinung der freigewerkschaftlichen Funktionäre ergab sich aus der Abstimmung über einen Antrag, der den Verhandlern das volle Vertrauen für die Haltung und die getroffenen Maßnahmen ausspricht. Der Antrag wurde mit mehr als 400 gegen nur 3 Stimmen unter starkem Beifall angenommen.

In der Öffentlichkeit kursieren Gerüchte, nach denen die freien Gewerkschaften „den Streik für beendet“ erklärt hätten. Demgegenüber muß mit aller Deutlichkeit festgestellt werden: Die Gewerkschaften haben keinen Streik verkündet, und demzufolge auch keinen Streik zu beenden.

Die Verkehrsstilllegung in Berlin ist von vornherein eine gemeinsame politische Aktion der Nationalsozialisten und Kommunisten gewesen. In einem kommunistischen Flugblatt heißt es ausdrücklich: „Dieser Streik ist ein politischer Streik.“

Nachdem die Möglichkeit gewerkschaftlicher Betätigung durch die Schaffung eines Zwangstarifvertrages beendet war, konnten die Gewerkschaften nur noch ihren Mitgliedern die Mitteilung machen, daß sie sich zur Dienstleistung bereiterklären sollten, soweit sie nicht durch Gewalt gehindert würden und soweit ihnen dies nach der Lage der Verhältnisse zumutbar wäre.

Die politische Aktion, die zur Stilllegung des Berliner Verkehrs führte, ist keine gewerkschaftliche Streikaktion. Wenn die Gewerkschaften zur Arbeitsniederlegung auffordern, übernehmen sie die Führung auch mit allen Konsequenzen.

Die Führung dieser rein politischen Aktion aber mußte dem „Einheitskomitee“ der Nationalsozialisten, Kommunisten und Unorganisierten von vornherein überlassen bleiben.

Die Berliner Verkehrsarbeiter sind in einer bisher noch nicht dagewesenen Weise für parteipolitische Ziele mißbraucht worden.

Die Gewerkschaften haben in jahrzehntelanger zäher Arbeit, Hand in Hand mit einem disziplinierten Funktionärskörper, für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Berliner Verkehrsarbeiter gewirkt und Schäden von ihnen abgewehrt. Ehrlicherweise kann niemand behaupten, daß ihre Arbeit erfolglos gewesen sei! Sie haben in richtiger Erkenntnis der Verhältnisse lange Zeit vorher nachgewiesen, daß jede weitere Kürzung des Lohnes die ernstesten Konflikte heraufbeschwören muß. Der Staat hat durch Eingriff des Schlichters, durch Schaffung des Zwangstarifes, den an den Verträgen beteiligten Gewerkschaften die Hände am ersten Tage der Verkehrsstilllegung gebunden.

Die zu zwei Dritteln unorganisierte Belegschaft unterstand dem unmittelbaren Einfluß der politischen Faktoren von ganz rechts und ganz links, die mit Hilfe ihres Staatsapparats in jede gewerkschaftliche Bewegung ungehemmt eingreifen konnten.

So wurde ein politischer Kampf, wenige Tage vor der Reichstagswahl, auf dem Rücken der BVG.-Arbeiter und der arbeitenden Bevölkerung Berlins ausgetragen.

Schwere Opfer sind nutzlos gebracht worden. Die Verantwortung dafür tragen die Nationalsozialistische und die Kommunistische Partei!

So wurde der Berliner Verkehrsstreik ein Rußierbeispiel dafür, wie Lohnkämpfe nicht geführt werden dürfen. Wie sie mit möglichst geringen Opfern zu möglichst großen Erfolgen geführt werden können, zeigt die jahrzehntelange gewerkschaftliche Erfahrung. Wie man sinnlos in eine opferreiche Niederlage hinein rennt, zeigt der nationalsozialistisch-kommunistische Verkehrsstreik.

Arbeiter, laßt euch nicht mißbrauchen! Jetzt erst recht hinein in die Kampffront der freien Gewerkschaften!

Gesamtverband der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs
Bezirks- und Ortsverwaltung Berlin